

Von verlorenem Vertrauen und Laboren der Hoffnung

Anfang des Jahres kehrte Donald Trump für weitere vier Jahre ins Oval Office zurück. Für die einen eine Art Heilsbringer, der endlich mit dem Establishment aufräumt und Amerika wieder groß macht, ist er für die anderen ein Wirklichkeit gewordenes Schreckgespenst, das sich weder um diplomatische Gepflogenheiten noch um das Völkerrecht oder institutionelle Verpflichtungen schert, mit den Autokraten und Potentaten dieser Welt ein allzu freundschaftliches Verhältnis pflegt und seinen mitunter erratischen Willen ohne Rücksicht auf Verluste mit der Brechstange durchsetzt. Mit Blick auf sämtliche Krisen, die die Welt derzeit in Atem halten, sind mittlere und größere Beben zu erwarten oder bereits durch ihn ausgelöst worden. Sorge bereiten muss aber vor allem, dass die USA bei weitem nicht die einzige Demokratie ist, die sich einen mit der Autokratie liebäugelnden Präsidenten an die Spitze gesetzt hat. Die Ministerpräsidentin Italiens, Giorgia Meloni, kommt aus einer postfaschistischen Bewegung, in Österreich wurde erstmals der rechten FPÖ das Mandat übertragen, eine Regierung zu bilden, und in Deutschland fischt ein CDU-Kanzlerkandidat Merz kurz vor der Wahl am rechten Rand, indem er es im Bundestag darauf ankommen lässt, einen Antrag mit Hilfe der AfD durchzusetzen.

Wie kann sich eine Demokratie vor einem Umschlag in ein autokratisches Regime schützen, wenn sie zugleich die unterschiedlichsten Meinungen und politischen Strömungen zulassen muss? Diese Frage beschäftigt nicht nur die politische Öffentlichkeit, sondern auch die Demokratietheorie. Insbesondere die radikale Demokratietheorie steht immer wieder in Verdacht, zu wenige Ressourcen zu haben, um sich von populistischen und potenziell autokratischen Bewegungen abzugrenzen. Aufgrund der starken Affirmation der Kontingenz von Ordnungen scheinen ihr die normativen Grundlagen zu fehlen, antiliberal, extremistische Bewegungen zu kritisieren, die die Demokratie auszuhöhlen drohen. Demgegenüber argumentiert *Lucas von Ramin* in seinem Beitrag, dass radikaler Demokratietheorie ein starkes Verständnis von Normativität eingeschrieben ist. Er setzt sich dabei insbesondere mit Beiträgen auseinander, die in früheren Ausgaben dieser Zeitschrift erschienen sind, und knüpft damit an eine schon seit einigen Jahren im *Leviathan* geführte Debatte zur radikalen Demokratietheorie an.

Nicht nur die Demokratie muss in Zeiten aufstrebender populistischer und autoritärer Bewegungen um ihren Bestand fürchten. Auch die Wissenschaften stehen zunehmend unter Beschuss und verlieren vielerorts an Vertrauen. Insbesondere während der COVID-Pandemie erfuhren wissenschaft-

liche Erkenntnisse zwar einerseits eine Aufwertung, waren sie doch nun Bestandteil so gut wie jeder Nachrichtensendung. Andererseits wurden sie nicht mehr nur innerhalb wissenschaftlicher Diskurse angefochten, sie mussten gegen Verschwörungserzählungen und »alternative Fakten« verteidigt werden, und Wissenschaftler*innen sahen sich plötzlich Morddrohungen ausgesetzt. Anthony Fauci, mit dem sich Trump in seiner ersten Amtszeit eine Dauerfehde um den Umgang mit der Pandemie lieferte, wurde von Biden noch vorsorglich begnadigt, um ihn vor möglicher Verfolgung zu schützen. Die Gesundheit der US-Amerikaner*innen liegt dafür mittlerweile in den Händen des Impfskeptikers Robert F. Kennedy.

Das Verhältnis von Wissenschaften und Gesellschaft hat sich auch aufgrund dieser Debatten um COVID in der letzten Dekade verändert, so *Elgen Sauerborn* und *Christian von Scheve* in ihrem Beitrag. Zwar spielten Emotionen und Affekte in öffentlichen Auseinandersetzungen um wissenschaftliche Erkenntnisse immer schon eine große Rolle, doch seien sie mittlerweile »selbst zu einem reflexiven Bezugspunkt«¹ geworden. Unsere Autor*innen erörtern die Frage, wie es dazu kam »und wie gesellschaftliche und wissenschaftliche Akteure reflexiv zur Modulierung, Funktionalisierung, Einforderung und Abwehr von Emotionen beitragen«.²

Johannes Eckstein wirft in seinem Beitrag einen detaillierten Blick zurück auf die Debatten um die COVID-Impfung. Er nimmt aus wissenschaftssoziologischer Sicht die mediale Berichterstattung in den Fokus und zeigt Entwicklungen einer »interdependenten Radikalisierung« auf, bei denen sich einander konträr gegenüberstehende Positionen gegenseitig aufschaukeln. An dieser Radikalisierung seien auch sogenannte Qualitäts- oder Leitmedien beteiligt gewesen, wodurch sie ihrem Anspruch, eine an »Vernunft, Ausgleich und Mäßigung«³ orientierte Berichterstattung zu leisten, nicht gerecht geworden wären.

Ähnlich emotional und unversöhnlich verlaufen Debatten um den Klimaschutz. Während sich die einen auf die Straße kleben, um ihren Forderungen nach weitreichenderen und schnelleren Klimaschutzmaßnahmen Nachdruck zu verleihen, tun die anderen Warnungen vor den Folgen des Klimawandels als Hysterie ab oder leugnen die menschengemachte Erderwärmung gleich ganz. Mit Trump heißt es nun wieder »Drill, Baby, Drill«, und das Pariser Klimaschutzabkommen hat er als eine seiner ersten Amtshandlungen gekündigt. Doch wenngleich der alte und neue US Präsident besonders laut und brachial auftritt, ist er nicht der Einzige, der bremst. Auch andernorts oder beinahe überall werden Maßnahmen – wenn überhaupt – viel zu zögerlich und viel zu behäbig umgesetzt, um die Klimaschutzziele noch zu erreichen.

1 Sauerborn, Scheve in diesem Heft.

2 Ebd.

3 Eckstein in diesem Heft.

Mit CO₂-Einsparungen im Verkehr tut sich gerade auch Deutschland nach wie vor schwer. Um die Interessen der Autoindustrie zu schützen, lässt der Verkehrsminister schon mal eine Einigung auf EU-Ebene platzen, die Diskussion um ein Tempolimit auf Autobahnen steigert sich regelmäßig zu einer Debatte um Freiheitsrechte, und das Dienstwagenprivileg soll doch bitteschön gern erhalten bleiben.

Dennoch, so stellen unsere Autor*innen *Theresa Pfaff* und *Andreas Knie* zu Beginn ihres Beitrags fest, wird die zunehmende Nutzung öffentlichen Raums durch eine weiterhin steigende Anzahl privater Fahrzeuge mittlerweile auch kritisch gesehen. An einigen Orten in Deutschland entstanden sogenannte Reallabore, in denen für einen begrenzten Zeitraum dem Auto beispielsweise durch eine alternative Nutzung von Parkflächen Raum entzogen wurde. Knie und Pfaff untersuchen in ihrem Beitrag eines dieser Labore, den Gräfekiez in Berlin. Sie wollen wissen, welche Entwicklungen durch einen solchen Raumentzug angestoßen werden, »wie stabil die Autodominanz in Deutschland eigentlich ist und ob die durch Reallabore produzierten Interventionen hieran etwas ändern können«.⁴

Außerordentliche Beharrungskräfte wirken in Deutschland nicht nur in der Verkehrspolitik, sondern auch in der Digitalisierung. Auf den Glasfaseranschluss wartet hierzulande nicht nur die Eigenheimbesitzerin im ländlichen Idyll, Zugfahrenden machen neben der Deutschen Bahn auch die nach wie vor weitgestreuten Funklöcher das Leben schwer, und um einen Personalausweis zu beantragen, muss man in Berlin mitunter drei Monate auf einen Termin bei einem Bürgeramt am anderen Ende der Stadt warten, anstatt es gemütlich von der Couch aus online zu erledigen. Die Probleme sind bekannt, auch an Lösungsideen scheint es nicht zu mangeln, doch an der Umsetzung hapert es erheblich. *Stefan Kühl* fragt daher in seinem Beitrag, warum »man sich zwar schnell darauf einigen kann, in welche Richtung die Digitalpolitik gehen soll, aber die Umsetzung sich so problematisch gestaltet«.⁵ Er nimmt insbesondere Vorhaben der Verwaltungsdigitalisierung in den Blick und untersucht, wie die – seit Gründung der BRD mehr oder weniger unveränderte – »Struktur der Ministerialverwaltung den Erfolg oder Misserfolg«⁶ dieser Vorhaben beeinflusst.

Eva Deitert



© Eva Deitert

⁴ Knie, Pfaff in diesem Heft.

⁵ Kühl in diesem Heft.

⁶ Kühl in diesem Heft.